

Wir fordern eine ökologische Verkehrswende. Attraktive Radwege fördern den umweltfreundlichen Tourismus wie auch den Naherholungswert.

- Der Landkreis braucht einen Masterplan, der Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Radwegenetze miteinander verzahnt und proaktiv fördert.
- Für den Radwegebau bereitstehende Mittel müssen schneller fließen und angefordert werden.
- Es muss endlich ein Radverkehrskonzept in Zusammenarbeit mit den Kommunen erstellt werden, das sich sowohl auf Kreis-, Landes- und Bundesstraßen bezieht.
- Die Radwegeplanung muss der verstärkten Nutzung durch E-Bikes und Pedelecs Rechnung tragen.

Der ÖPNV muss im gesamten Landkreis und über ihn hinaus weiterentwickelt werden. Das in 2020 vom Kreistag verabschiedete Konzept der Linienbündelung ist ein erster Schritt, der von den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit langem gefordert und intensiv unterstützt wurde. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das Niedersachsenticket nun auch im Verkehrsverbund Ems-Jade gilt. Das nützt nicht nur den Einwohner\*innen, sondern kommt auch dem Tourismus zugute.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** fordert,

- dass die Nahverkehrsmittel flexibler und bedarfsgerechter eingesetzt werden und die Taktung auf den bereits eingerichteten Buslinien erhöht wird
- dass die Bahnstrecke Aurich-Emden für den Personenverkehr mit Schienenbussen aktiviert wird
- dass Aurich endlich einen Bahnhof bekommt. Dazu muss der Kreistag klare Formulierungen im Regionalen Raumordnungsprogramm beschließen
- dass mehr Verkehre der B210 auf die Schiene gebracht werden. Dafür setzen wir uns zusammen mit der BI „Aurich ran an die Bahn“ ein
- dass die Trasse der Küstenbahn von Norden nach Dornum bis nach Esens verlängert wird und auf diese Art Anschluss an die Bahnlinie Esens/Sande/Oldenburg bekommt.

Die B210n lehnen wir nach wie vor ab. Ihr Bau hält nicht, was er verspricht und die Kosten gehen durch die Decke. Wir wollen diese gigantische Umweltzerstörung und die Belastung der Anlieger\*innen mit Lärm und Abgasen nicht in Kauf nehmen. Wir sehen uns durch die Expertise des Umweltbundesamtes bestätigt und unterstützen weiterhin die „Bürgerinitiative für Landschafts- und Naturschutz“ (BILaNz), die seit Jahren mit Alternativkonzepten gegen dieses Wahnsinnsprojekt kämpft.

E- und Wasserstoffmobilität müssen im Rahmen eines neuen nachhaltigen Mobilitätskonzepts, das auch Fahrrad und ÖPNV als zentrale Verkehrsmittel integriert, berücksichtigt werden.

Zur Förderung nachhaltigerer Mobilität ...

- sollte Ladestationsbetreibern der Bau von E-Ladepunkten an Parkplätzen vor öffentlichen Gebäuden ermöglicht werden, ohne sie dafür zusätzlich zu entlohnen
- müssten bei Ausschreibungen im ÖPNV und für Landkreisfahrzeuge bevorzugt emissionsfreie

Antriebstechnologie berücksichtigt werden.

Ziel aller Maßnahmen muss die Emissionsneutralität sein.